



Möglichkeiten und Grenzen von Konjunkturprogrammen

Automatische Konjunktur-Stabilisatoren werden in der Schweiz meist unterschätzt. Gefordert werden vielmehr aktive Staatseingriffe. Deren Erfolge sind aber sehr beschränkt, weshalb das stufenweise Vorgehen des Bundes Sinn macht. [mehr »](#)

Erneute Bestätigung des bilateralen Wegs

Mit grosser Befriedigung nimmt economiesuisse den deutlichen Entscheid des Schweizer Volkes, die Personenfreizügigkeit weiterzuführen und auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien auszudehnen, zur Kenntnis. Die erneute Bestätigung der bilateralen Abkommen mit der EU stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz und ist im nationalen Gesamtinteresse. Das grosse Engagement von economiesuisse im Interesse von Schweizer Arbeitsplätzen hat sich gelohnt. [mehr »](#)

Grafik des Monats: „Window Dressing“ für die Schweizer Fiskalquote

Managersaläre: Aktionäre stärken, Standortattraktivität bewahren

Die Diskussion um Saläre und Boni hat sich in der letzten Zeit intensiviert. Von linker Seite werden staatliche Obergrenzen gefordert, und die Initiative Minder ("Volksinitiative gegen die Abzockerei") sieht die Lösung in über 20 neuen Verboten und Vorschriften, deren Verletzung mit Gefängnisstrafe geahndet würden. Solche Forderungen würden die Organisationsfreiheit der Schweizer Unternehmen weitgehend einschränken und die Attraktivität der Schweiz als Unternehmensstandort schwächen. Arbeitsplatzverlust und Steuerausfälle wären die Folge. Die nötigen Korrekturen müssen im Rahmen der Aktienrechtsrevision eingeleitet werden. [mehr »](#)

Erneutes Moratorium bringt die Schweizer Landwirtschaft nicht weiter

Mit einer neuen Übergangsbestimmung soll das heute geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in der Landwirtschaft verlängert werden. economiesuisse fordert vom Bundesrat eine innovationsfreundliche und zukunftsorientierte Landwirtschaftspolitik. Eine definitive Lösung für die Zulassung muss das Moratorium ersetzen. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: Erfolgreiche europäische Briefmarktöffnung

Road Pricing – teuer und kaum wirksam

Road Pricing hat hohe Erwartungen geweckt, doch die Ergebnisse im Ausland sind enttäuschend. Trotz hoher Kosten konnten die Stauprobleme kaum beseitigt werden. Somit sind Road-Pricing-Versuche in der Schweiz nicht gerechtfertigt. [mehr »](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: FASMED – Die Stimme der Schweizer Medizinaltechnik

Jährlicher Ausgleich der kalten Progression

economiesuisse unterstützt die Forderung nach einem automatischen jährlichen Ausgleich der Folgen der kalten Progression. Eine solche Praxis ist in zwei Kantonen und einigen Ländern bereits Realität. Der dafür notwendige administrative Aufwand ist vertretbar. [mehr »](#)

KMU-Portrait: break/through – die Innovationsagentur

Regina Ammann als Erste im Ziel

Die neue Delegierte von economiesuisse in Bern, Regina Ammann, hatte beim britisch-schweizerischen Parlamentarier-Skirennen in Davos die Nase vorn. Wir gratulieren! [mehr »](#)

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Forschung auf der Ziellinie

Im neuen Entwurf zur Revision des Bundesgesetzes über die Forschung wurden wesentliche Forderungen von economiesuisse berücksichtigt. Gewisse Punkte sind aber weiterhin problematisch. [mehr »](#)

Strompreise – weitere Schritte nötig

Der Bundesrat hat verschiedene kurzfristig wirksame Anpassungen zur Senkung der seit letzten Sommer angekündigten Strompreiserhöhungen beschlossen. Deren Auswirkungen können derzeit nicht ausreichend beurteilt werden. Wesentliche Verbesserungen sind erst mit einer Gesetzesrevision und günstigen Rahmenbedingungen zur Stärkung des zukünftigen Stromangebots zu erwarten. [mehr »](#)

ICC Research Foundation gegründet

Über 250 Wirtschaftsführer und Vertreter von internationalen Organisationen feierten am 2. Februar das 90-Jahr-Jubiläum der ICC. An diesem Anlass wurde die ICC Research Foundation gegründet. [mehr »](#)

European Business Summit in Brüssel

Am 26. und 27. März findet zum siebten Mal der European Business Summit in Brüssel statt. Wie auch in den vergangenen Jahren gilt der Anlass als wichtigste Diskussions- und Networkingplattform zwischen führenden Wirtschaftsvertretern und hochrangigen europäischen Entscheidungsträgern. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economiesuisse

Massvolle Konjunkturmassnahmen statt Wählergeschenke

Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise überboten sich die politischen Akteure hierzulande mit Vorschlägen für Konjunkturprogramme. Vielen geht es dabei vor allem darum, die eigenen Wahlchancen durch Geschenke an die Wählerschaft zu maximieren. Die wirksame Stabilisierung der Konjunktur spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Der Bund ist deshalb gut beraten, die Vorschläge für weitere Massnahmen sehr kritisch zu prüfen. Im Zuge der sich abzeichnenden Lageverschlechterung sollte der stark gebeutelten Exportindustrie ein besonderes Augenmerk gelten. Darum sollten beispielsweise die Möglichkeiten der Exportrisikogarantie ausgeschöpft werden. Auch eine Verlängerung der Kurzarbeit von zwölf auf 18 Monate kann den Export vorübergehend entlasten und gleichzeitig Arbeitnehmende im Arbeitsprozess behalten. Um das noch stabile Konsumklima nicht zu belasten, ist es darüber hinaus richtig, das Inkrafttreten der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV auf konjunkturell bessere Zeiten zu verschieben.

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 20 Seiten, 294 KB)

Agenda

- 15.02. Vernehmlassung "Via Sicura" - Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit im Strassenverkehr
- 06.03. Vernehmlassung Agglomerationsverkehr und Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz
- 09.03. Vernehmlassung Entwurf zur Teilrevision der Verordnung über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung
- 10.03. Verband Schweizer Unternehmerinnen VCHU: „Leadership Challenges von morgen – was lernen wir aus der aktuellen Wirtschaftsentwicklung?“ (PDF Datei Programm und Anmeldeformular)
- 16.03. Medienkonferenz zur Studie Kartellrecht
- 06.04. Jahresmedienkonferenz economiesuisse

Publikationen

- » Bilateraler Weg erneut bestätigt - economiesuisse zur Annahme der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit
- » Effiziente Exportkontrollen auch in Zukunft - economiesuisse lehnt Anpassung des Güterkontrollgesetzes ab
- » Road Pricing: ungeeignet, teuer und kaum wirksam
- » economiesuisse mit eigener Evaluation zum Kartellgesetz
- » Konjunkturstabilisierung nicht als Deckmantel missbrauchen
- » Ausgleich der kalten Progression
- » Personenfreizügigkeit: Abstimmung vom 8. Februar 2009
- » Finanzmonitor 2008 - Souverän für eine nachhaltige Finanzpolitik
- » ELM: Administrative Erleichterung dank elektronischem Datenaustausch
- » KOF-Studie: Auswirkungen der bilateralen Abkommen auf die Schweizer Wirtschaft
- » Erwarteter Schritt zur Stärkung der Standortattraktivität - economiesuisse zur geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung
- » Massnahmen gegen hohe Strompreise greifen zu kurz
- » CO2-Gesetz: mehr Raum für freiwillige Massnahmen

Möglichkeiten und Grenzen von Konjunkturprogrammen

09.02.2009 16:00

Automatische Konjunktur-Stabilisatoren werden in der Schweiz meist unterschätzt. Gefordert werden vielmehr aktive Staatseingriffe. Deren Erfolge sind aber sehr beschränkt, weshalb das stufenweise Vorgehen des Bundes Sinn macht.



Die wichtigste konjunkturpolitische Rolle spielen die automatischen Stabilisatoren. Deren grosse Bedeutung für die Schweiz wird vielfach unterschätzt. Im wirtschaftlichen Abschwung steigen die Ausgaben des Staates automatisch. Insbesondere die in der Schweiz gut ausgebaute Arbeitslosenversicherung wird gemäss Schätzungen des seco in diesem Jahr zusätzlich 1.1 Mia. und 2010 rund 2.7 Mia. Franken ausgeben, ohne dass ein parlamentarischer Entscheid dazu nötig wäre. Das Konzept der Schuldenbremse lässt in wirtschaftlich schlechten

Zeiten ein entsprechendes Staatsdefizit zu. Neben den zusätzlichen Ausgaben besteht ein wichtiger automatischer Stabilisator somit darin, dass bei einem Defizit keine Steuererhöhungen zum Ausgleich der sinkenden Einnahmen vorgenommen werden müssen.

Diskretionäre Ausgaben- und Steuerpolitik mit Fragezeichen

Eine diskretionäre Fiskalpolitik versucht den Konjunkturverlauf aktiv zu beeinflussen. Im Gegensatz zu den automatischen Stabilisatoren ist ihr Erfolgsausweis allerdings ernüchternd. Der Versuch, mittels Steuer- oder Ausgabenveränderungen die Konjunktur zu stimulieren, scheiterte meist. Die Wirkungen traten vielfach zu spät, am falschen Ort oder deutlich unter den Erwartungen ein. Bei Ausgabenerhöhungen des Staates stellen sich oft Mitnahmeeffekte ein. Zudem werden die Mehrausgaben häufig nicht aufgrund ihrer konjunkturellen Wirkung ausgewählt sondern aufgrund der politischen Stärke von Anspruchsgruppen. Auch die konjunkturelle Wirkung von temporären Steuerensenkungen ist limitiert. Werden die Steuern aber nachhaltig gesenkt, wirkt sich dies positiv auf das Wachstum aus. Wenig umstritten ist zudem, dass Steuererhöhungen einen starken negativen Effekt auf die Konjunktur haben.

Offensichtlich gibt es keine perfekte Massnahme ohne effizienzmindernde Nebenwirkung. Insgesamt muss somit festgehalten werden, dass zwar alle fiskalpolitischen Massnahmen konjunktur-stabilisierend sein können, die Erfolgsaussichten aber gerade in der kleinen, international vernetzten Schweiz bescheiden sind. Aufgrund der schlechten Effizienz der finanzpolitischen Massnahmen in der Schweiz sollten aus einer langfristigen Stabilitätsoptik heraus aber nur solche weiterverfolgt werden, die früher oder später ohnehin realisiert werden.

Vorgehen des Bundesrates zweckmässig

Das stufenweise Vorgehen des Bundesrates mit einer bereits in Kraft gesetzten ersten Stufe und einer in Aussicht gestellten zweiten Stufe macht unter diesen Gesichtspunkten Sinn. Massnahmen werden vorbereitet, aber nur dann ausgelöst, wenn bestimmte Entwicklungen eintreten. Durch

dieses Vorgehen können die durch den politischen Prozess entstehenden Verzögerungen reduziert werden. Gleichzeitig können die Massnahmen sorgfältig geprüft und bei Bedarf ohne grosse Verzögerung lanciert werden. Die moderate Vorgehensweise des Bundes rechtfertigt sich vor allem auch deswegen, weil die Binnenwirtschaft – die in erster Linie von den staatlichen Ausgabenprogrammen profitiert – derzeit noch wenig unter der Finanzmarktkrise leidet. Die von der aktuellen Krise besonders betroffene Exportindustrie aber hat von solchen Ausgabenprogrammen kaum einen Nutzen. Für die Exportindustrie hilfreich ist demgegenüber die Erhöhung der maximalen Dauer für die Kurzarbeitsentschädigung von 12 auf 18 Monate.

Weitere Informationen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch

Bild: © AlpTransit Gotthard AG



Erneute Bestätigung des bilateralen Wegs

09.02.2009 16:00

Mit grosser Befriedigung nimmt economiesuisse den deutlichen Entscheid des Schweizer Volkes, die Personenfreizügigkeit weiterzuführen und auf die neuen EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien auszudehnen, zur Kenntnis. Die erneute Bestätigung der bilateralen Abkommen mit der EU stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz und ist im nationalen Gesamtinteresse. Das grosse Engagement von economiesuisse im Interesse von Schweizer Arbeitsplätzen hat sich gelohnt.

Der richtige Weg für die Schweiz



Für die Schweizer Wirtschaft ist das Abstimmungsergebnis von elementarer Bedeutung. Mit dem Ja wurde der für die Schweizer Unternehmen entscheidende Zugang zum EU-Binnenmarkt mit 27 Ländern gesichert. Die Wirtschaft kann weiterhin gesuchte Arbeitskräfte unkompliziert europaweit rekrutieren. Zugleich können Schweizer Mitarbeitende flexibel in der EU eingesetzt werden. Exportorientierte Unternehmen und ihre Zulieferbetriebe profitieren weiterhin vom weitgehend gleichberechtigten Zugang im wichtigsten Absatzmarkt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind stabile Rahmenbedingungen zur EU von grösster Wichtigkeit.

Für die Wirtschaft steht nun die effiziente Umsetzung der bestehenden Abkommen im Vordergrund. Wo ein beiderseitiges Interesse vorliegt, sind in klar umrissenen Teilbereichen Anpassungen und Ergänzungen am bestehenden Vertragswerk vorzunehmen. Dabei muss die Schweiz ihre Interessen selbstbewusst und zielorientiert wahrnehmen. An wichtigen Standortvorteilen, etwa im Steuerbereich und dem Bankkundengeheimnis, ist generell fest zu halten. Zur bewährten Europapolitik mit bilateralen Abkommen gibt es für die Wirtschaft keine Alternative. economiesuisse wird sich auch in Zukunft für den bilateralen Weg einsetzen. Als souveräner Staat muss die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit wahren und laufend verbessern.

Weitere Informationen:

urs.rellstab@economiesuisse.ch

Grafik des Monats: „Window Dressing“ für die Schweizer Fiskalquote

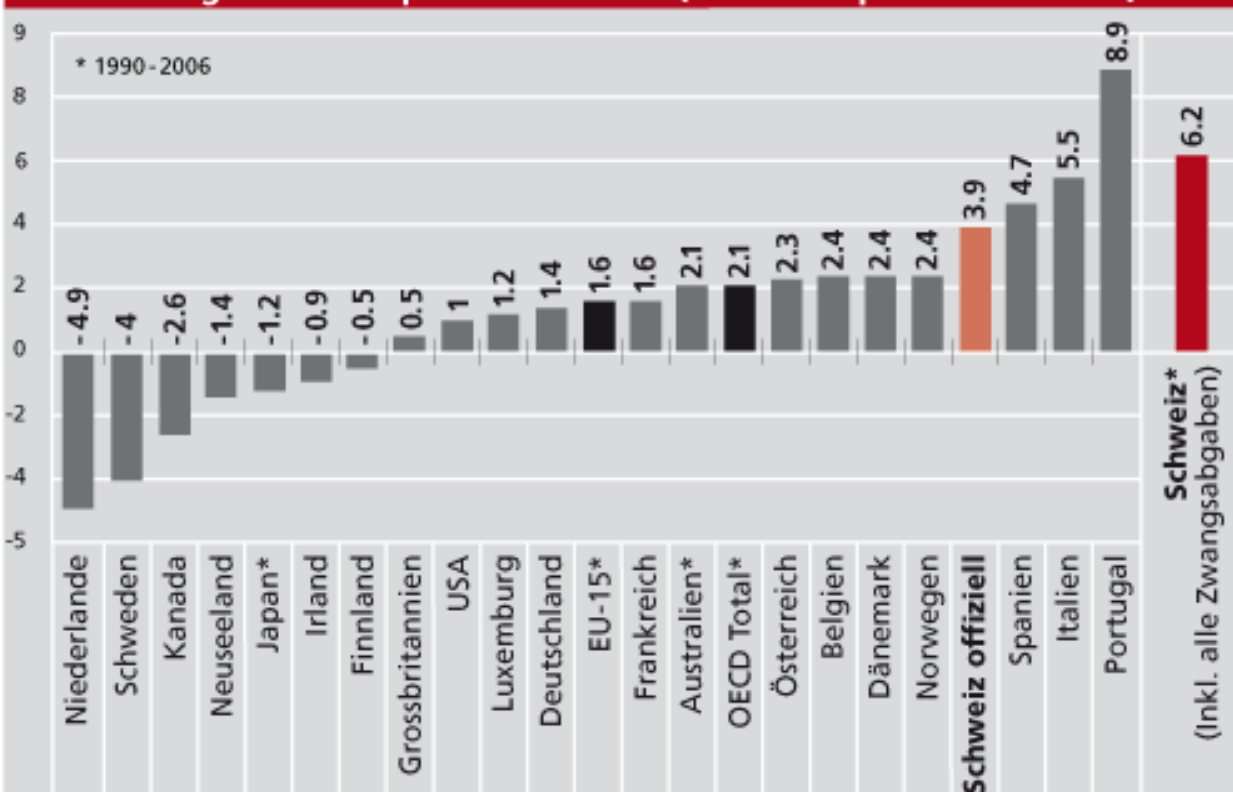


09.02.2009 16:00

Die OECD-Statistik weist für die Schweiz eine im internationalen Vergleich moderate Fiskalquote aus. Doch das Bild ist geschönt: Namhafte Ausgaben sind nicht eingerechnet, insbesondere die obligatorischen Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge.

Die Steuer- und Abgabenlast der Schweiz hat sich 2007 kaum verändert: Sie nahm gegenüber 2006 um 0,1 Prozentpunkte zu und lag mit 29,7 Prozent weiterhin unweit vom Höchstwert von 30,0 Prozent aus dem Jahr 2000 entfernt. Gemäss der „Revenue Statistics“ der OECD präsentiert sich die Schweiz im internationalen Vergleich in einem günstigen Licht. Nur Mexiko, Japan und die USA weisen für 2007 eine tiefere Fiskalquote aus. Am obersten Ende rangieren Dänemark und Schweden mit Fiskalquoten von 48,9 bzw. 48,2 Prozent. Doch die Statistik betreibt ein eigentliches „Window Dressing“ für die Schweiz. Die Quote berücksichtigt Abgaben, welche an privatrechtliche Träger geleistet werden, nämlich nicht. So werden insbesondere die obligatorischen Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge, die Familienzulagen sowie der verbindliche Anteil an die berufliche Vorsorge nicht in die Schweizer Quote eingerechnet. Würden allein die Beiträge für die Kranken- und Unfallversicherung eingerechnet, welche beispielsweise in Deutschland mit allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, so würde die Schweiz ins Mittelfeld der OECD-Staaten rutschen. Würden gar alle obligatorischen Beiträge der beruflichen Vorsorge einbezogen, so würde die Schweizer Fiskalquote sogar rund 43 Prozent betragen.

Entwicklung der Fiskalquote 1990-2007 (in Prozentpunkten des BIP)



Quelle: EFD, Medienmitteilung vom 17. Oktober 2007, und OECD, Revenue Statistics 1965-2007, Edition 2008, Table A

Managersaläre: Aktionäre stärken, Standortattraktivität bewahren



09.02.2009 16:00

Die Diskussion um Saläre und Boni hat sich in der letzten Zeit intensiviert. Von linker Seite werden staatliche Obergrenzen gefordert, und die Initiative Minder ("Volksinitiative gegen die Abzockerei") sieht die Lösung in über 20 neuen Verboten und Vorschriften, deren Verletzung mit Gefängnisstrafe geahndet würden. Solche Forderungen würden die Organisationsfreiheit der Schweizer Unternehmen weitgehend einschränken und die Attraktivität der Schweiz als Unternehmensstandort schwächen. Arbeitsplatzverlust und Steuerausfälle wären die Folge. Die nötigen Korrekturen müssen im Rahmen der Aktienrechtsrevision eingeleitet werden.

Der Ansatz des Bundesrats, das Thema in die laufende Revision des Aktienrechts aufzunehmen, ist richtig. Konkret soll die Mitbestimmung der Aktionäre bei den Salären gesetzlich festgelegt werden. Auch im Anhang zum Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance empfiehlt economie-suisse, die Aktionäre in die Salärdebatte einzubeziehen. Darüber hinaus schlägt der Bundesrat eine gesetzliche Sorgfaltspflicht bei der Festlegung der Saläre vor, deren Grundzüge der Verwaltungsrat in einem Reglement festhalten muss. Über die Einhaltung dieses Reglements soll der Verwaltungsrat den Aktionären in einem separaten Entschädigungsbericht Rechenschaft ablegen.

Der Vorstandsausschuss von economie-suisse hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, die vom Bundesrat eingeschlagene Richtung zu unterstützen. Beim Salär des Verwaltungsrats sollen die Aktionäre ein griffiges Mitbestimmungsrecht erhalten. Die Kompetenzen von Aktionären und Verwaltungsrat dürfen aber nicht verwischt werden. Insbesondere darf Letzterer nicht von seiner Verantwortung für die Einstellung, Überwachung und Abberufung der Geschäftsleitung entbunden werden. Diesem Punkt wird economie-suisse bei der weiteren Begleitung des Geschäfts besondere Aufmerksamkeit schenken.

Weitere Informationen:

urs.furrer@economie-suisse.ch

-  [Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance](#)
-  [Zusatzbotschaft des Bundesrats zur Aktienrechtsrevision vom 5. Dezember 2008](#)

Unterschiedliche Dynamik

Unabhängig von der Frage der richtigen Erfassung und Vergleichbarkeit ist die Frage der Entwicklung der Steuerabgaben seit 1990. Es zeigt sich, dass die „offizielle“ Fiskalbelastung in der Schweiz mit einer Zunahme um 3,9 Prozentpunkte weit stärker zugenommen hat als in den meisten anderen OECD-Ländern. Besorgniserregend ist zudem die Tatsache, dass dieser Trend aufgrund der offiziellen Statistik deutlich unterschätzt wird. Die nicht einbezogenen Zwangsbeiträge nehmen von Jahr zu Jahr stärker zu als die „offiziellen“ Abgaben: Von 1990 bis 2006 hat die erweiterte Fiskalquote „mit allen Zwangsbeiträgen“ um rund sechs Prozentpunkte zugelegt. Ein Ende dieses Trends ist aufgrund der ungebremsten Kostendynamik nicht absehbar.

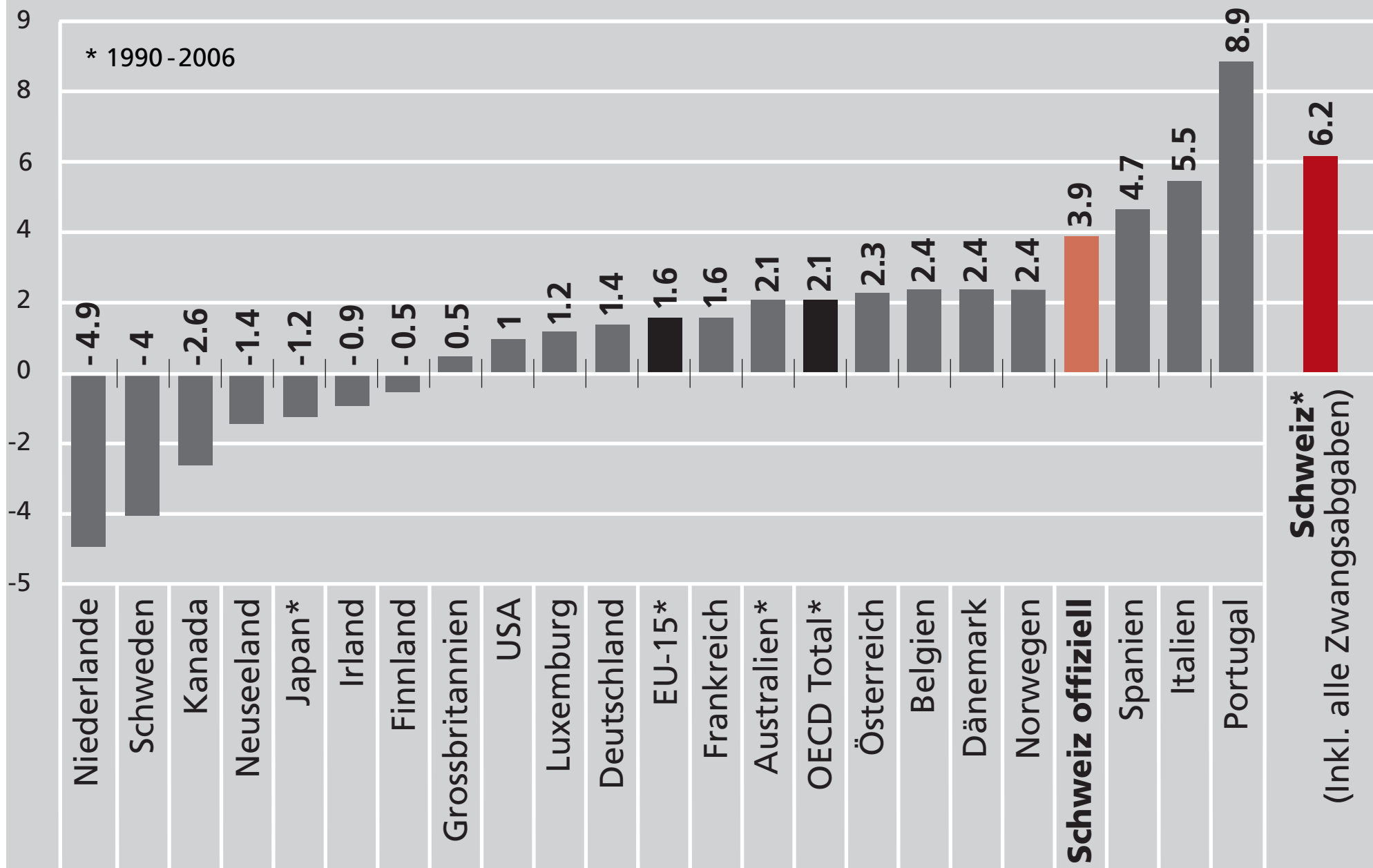
Unsichere Zukunft

Dank guter Wirtschaftslage haben die Einnahmen aus Unternehmenssteuern in Prozent des BIP in den letzten Jahren weltweit kontinuierlich zugelegt und zu positiven Budgetabschlüssen beigetragen. Die OECD schätzt, dass diese Einnahmequelle aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise in den nächsten Jahren deutlich spärlicher fließen wird. In der Schweiz stehen zudem in den Sozialversicherungen mehrere Abgabenerhöhungen zur Diskussion, insbesondere für die Arbeitslosenversicherung, die Erwerb ersatzordnung und die Invalidenversicherung.

Weitere Informationen:

brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch

Entwicklung der Fiskalquote 1990-2007 (in Prozentpunkten des BIP)



Quelle: EFD, Medienmitteilung vom 17. Oktober 2007, und OECD, Revenue Statistics 1965-2007, Edition 2008, Table A

Die «offizielle» Fiskalquote der Schweiz hat seit 1990 mit 3,9 Prozentpunkten stärker zugelegt als in den meisten OECD-Ländern. Noch stärker fällt der Zuwachs aus, wenn alle Zwangsbeiträge einbezogen werden.

Erneutes Moratorium bringt die Schweizer Landwirtschaft nicht weiter



09.02.2009 16:00

Mit einer neuen Übergangsbestimmung soll das heute geltende Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in der Landwirtschaft verlängert werden. economiesuisse fordert vom Bundesrat eine innovationsfreundliche und zukunftsorientierte Landwirtschaftspolitik. Eine definitive Lösung für die Zulassung muss das Moratorium ersetzen.

Der Bundesrat beabsichtigt, einen längst fälligen Entscheid hinauszuschieben: Er schlägt im Rahmen der Revision des Gentechnikgesetzes eine Verlängerung des GVO-Moratoriums in der Landwirtschaft um weitere drei Jahre vor. Mit dieser Verzögerung schwächt er den Innovationsstandort Schweiz.

Aus einer internationalen Perspektive existieren genügend wissenschaftliche Grundlagen für einen sicheren Einsatz von GVO. Das Moratorium ist somit unnötig: Aufgrund der vorhandenen Forschungsergebnisse steht einer positiven Entscheidung über den grundsätzlichen Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen in der Schweiz nichts im Weg. Im Weiteren ist das Moratorium überflüssig, da die bestehenden Bewilligungsverfahren streng und zeitaufwendig sind. So dauert ein Bewilligungsverfahren für den Anbau einer GVO-Nutzpflanze zirka fünf Jahre. Ein Moratorium hält die Unternehmen davon ab, überhaupt ein Bewilligungsverfahren einzugehen. Damit geht wichtige Zeit verloren, um der Schweizer Landwirtschaft neue Impulse zu geben.

Im Hinblick auf das Freihandelsabkommen mit der EU ist die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Landwirtschaft entscheidend. Die Förderung von neuen Technologien leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Beispielsweise bieten GVO eine Lösung für die Kartoffelfäule und den Feuerbrand. Die Schweiz muss sich hier, wie in anderen Gebieten der Gentechnologie, in eine gute Ausgangslage begeben. Durch eine Verlängerung des Moratoriums wird genau das verhindert. Schliesslich schwächen solche Verbote den Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz. Leider hat es sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die Schweiz keinen guten Boden darstellt für Innovationen und Technologietransfer im Bereich der grünen Gentechnik. Der Bundesrat hat es in der Hand, mit der Abschaffung des Moratoriums die Position der Schweiz zu verbessern.

Weitere Informationen:

fridolin.marty@economiesuisse.ch

Kolumne aus Brüssel: Erfolgreiche europäische Briefmarktöffnung



09.02.2009 16:00

Am 8. Januar publizierte die EU-Kommission einen Bericht, in dem Bilanz über die Umsetzung der Postrichtlinie in den Mitgliedsstaaten gezogen wird. Ziel dieser Richtlinie ist es, den europäischen Postmarkt bis Ende 2010 vollständig zu öffnen.

Die EU-Kommission zeigt in ihrem Bericht auf, wie die Öffnung des europäischen Postmarkts zwischen 2006 und 2008 vorangeschritten ist. Während die Paketmärkte bereits seit Jahren vollständig geöffnet sind, gilt für die Briefmärkte noch eine Monopolgrenze von 50 Gramm (Schweiz: 100 Gramm, was rund 90 Prozent des gesamten Briefvolumens entspricht). Bis Ende 2010 soll aber auch diese Grenze in der EU vollständig fallen. Vier bedeutende Mitgliedsstaaten, nämlich Deutschland, Grossbritannien, Schweden und Finnland, haben das Briefmonopol zwischenzeitlich bereits vor der gesetzten Frist vollständig abgeschafft.

Teilweise zu Diskussionen im Rahmen der vollständigen Briefmarktöffnung führt die Frage, ob Mindestlöhne für Postangestellte festzulegen sind. Strittig sind zudem Massnahmen, welche die etablierten Postbetreiber einseitig begünstigen. Dazu gehören beispielsweise Mehrwertsteuerbefreiungen, der erschwerte Zugang alternativer Anbieter zu den Briefkästen oder Bedingungen zum Erwerb einer Lizenz.

Die genannten Hemmnisse sind umso bedeutender, als die bisherige partielle Öffnung trotzdem nachgewiesenermassen bereits deutlich positive Auswirkungen zeigt. Der verschärfte Wettbewerb trug dazu bei, die Qualität von Postdienstleistungen zuhanden der Konsumenten zu verbessern sowie Arbeitsplätze im Postsektor zu schaffen. Gleichzeitig hat die Öffnung der Postdienste die etablierten Postbetreiber dazu veranlasst, ihre Betriebe weiter zu modernisieren und ihre Effizienz zu steigern. Entscheidend: Der Bericht zeigt aber auch auf, dass diese Effizienzgewinne nicht zulasten eines gut funktionierenden flächendeckenden Postdienstes gehen.

Weitere Informationen:

matthieu.chavaz@economiesuisse.ch



Road Pricing – teuer und kaum wirksam

09.02.2009 16:00

Road Pricing hat hohe Erwartungen geweckt, doch die Ergebnisse im Ausland sind enttäuschend. Trotz hoher Kosten konnten die Stauprobleme kaum beseitigt werden. Somit sind Road-Pricing-Versuche in der Schweiz nicht gerechtfertigt.

Ende 2007 beauftragte der Bundesrat das UVEK, einen Gesetzesentwurf zur Zulassung von Road-Pricing-Versuchen auszuarbeiten. Da die Bundesverfassung keine Strassengebühr zulässt, soll das Verbot nun mittels eines befristeten Gesetzes umgangen werden. Die Frage ist aber, ob die Verkehrslage und die Erkenntnisse aus den bisherigen Erfahrungen eine rasche Zulassung von Road Pricing in der Schweiz rechtfertigen.

Diskutabler Lenkungseffekt

Verkehrslenkung, Verkehrsfinanzierung und Umweltschutz sind die am häufigsten genannten Gründe für die Einführung des Road Pricing. Beispiele aus dem Ausland sowie Studien zur Schweiz vermitteln jedoch ein gemischtes Bild in Bezug auf den Nutzen. Trotz teurer Gebühren wurde das Ziel einer Staureduktion in London kaum erreicht. Fünf Jahre nach der Einführung des Road Pricing war die gemessene Verkehrsüberlastung wieder gleich hoch wie zuvor. Damit wird klar, dass die Verkehrsbeeinflussung über preisliche Massnahmen, selbst beim Erfolgsbeispiel London, ihr Ziel nicht oder nur teilweise erreicht.

Hohe Betriebskosten

Road Pricing ist zudem kostspielig. Der Aufwand liegt bei 30 bis 40 Prozent des Ertrags. In London macht er gar die Hälfte aus, obwohl ein grosser Teil des Ertrags (27 Prozent) durch Strafzahlungen erzielt wird. Im Vergleich dazu beträgt der Aufwand bei der Mineralölsteuer in der Schweiz nur gerade 1,5 Prozent des Steuerertrags. Die hohen Durchführungskosten machen Road Pricing als Finanzierungsquelle folglich unattraktiv. Damit Road Pricing volkswirtschaftlich Sinn macht, müssen die Kosten durch einen entsprechend hohen Nutzen kompensiert werden. So kommt eine Studie der Zürcher Kantonalbank zum Schluss, dass Road Pricing allenfalls frühestens ab 2025 für die Stadt Zürich zweckmässig sein könnte. Schliesslich wird dem Road Pricing kaum ein positiver Umwelteffekt zugeschrieben. Gestützt auf die bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse lässt sich somit keine neue Strassengebühr in Schweizer Städten begründen. Es ist höchste Zeit, dass der Bundesrat – wie vom Parlament zwischenzeitlich klargemacht – von seinem ursprünglichen Vorhaben absieht und auf Road-Pricing-Versuche verzichtet.

Eine detailliertere Analyse des Road Pricing gibt es in einem [Dossierpolitik von economiesuisse](#).

Weitere Informationen:

jan.perret-gentil@economiesuisse.ch

martin.kaiser@economiesuisse.ch



Schwerpunkte unserer Mitglieder: FASMED – Die Stimme der Schweizer Medizinaltechnik

09.02.2008 16:00

Die Schweizer Medizinaltechnikbranche floriert: Auf 12'000 Einwohner kommt ein MedTech-Unternehmen – eine Dichte, die international nur noch von Irland übertroffen wird. Für die Interessen dieser starken Branche setzt sich FASMED, der Dachverband der Schweizerischen Handels- und Industrievereinigungen der Medizinaltechnik, ein.

Vom Pflaster bis zum Rollstuhl – vom künstlichen Hüftgelenk bis zur Kontaktlinse: Die Schweizer Medizinaltechnikbranche stellt mehr als 10'000 verschiedene Produkte her. Über 500 meist kleinere und mittlere MedTech-Unternehmen beschäftigen rund 45'000 Menschen. Das entspricht 1,2 Prozent aller Beschäftigten in der Schweiz. Ausser Irland gibt es weltweit kein anderes Land, in dem der MedTech-Sektor eine ähnlich prominente Stellung einnimmt. Die Branche ist eine typische Querschnittsbranche. Sie beschäftigt Ingenieure, spezialisierte Werkzeugmacher, aber auch Fachleute aus Physik, Pharmazie, Biotechnologie, Informatik, Robotik und aus der Feinelektronik.

In der Schweiz findet die MedTech-Industrie sehr gute Bedingungen, da Fachwissen aus all diesen Disziplinen im engen Umkreis greifbar ist. Die Produktion wird deshalb nur selten ins Ausland verlagert. Die Schweiz dient den Medizinaltechnikunternehmen auch als Pilotmarkt. Die hohen Anforderungen und Standards im Heimmarkt liefern überzeugende Argumente für den Export. Über 90 Prozent der Produkte werden exportiert, vor allem nach Deutschland und in die USA. Nach Meinung von Experten wird die Medizinaltechnikbranche auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weiter wachsen.

FASMED vertritt die Interessen der Branche. Der Dachverband wurde im Jahr 2000 gegründet und zählt heute über 200 Mitglieder. FASMED unterstützt die heterogene Medizinaltechnikbranche und vertritt deren Interessen gegenüber Partnern, Behörden und der Öffentlichkeit. Dazu engagiert sich der Verband in der Gesetzgebungsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene. Ziel ist die Aufrechterhaltung einer qualitativ hochstehenden, wirtschaftlichen und sozialverträglichen medizinischen und pflegerischen Versorgung. In seiner Arbeit orientiert sich FASMED deshalb an den Prinzipien eines freien sowie fairen Wettbewerbs und engagiert sich für die Erhaltung bzw. Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen im schweizerischen Gesundheitswesen.

Weitere Informationen:

www.fasmed.ch



Jährlicher Ausgleich der kalten Progression

09.02.2009 16:00

economiesuisse unterstützt die Forderung nach einem automatischen jährlichen Ausgleich der Folgen der kalten Progression. Eine solche Praxis ist in zwei Kantonen und einigen Ländern bereits Realität. Der dafür notwendige administrative Aufwand ist vertretbar.

Ein progressiv aufgebautes Steuersystem hat zur Folge, dass die Steuerpflichtigen auch dann eine steigende Steuerbelastung zu tragen haben, wenn ihr Einkommen nur nominell, also aufgrund des Teuerungsausgleichs, zugenommen hat. Das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) sieht zwar einen Ausgleich der Folgen der kalten Progression vor, wenn sich der Leitindex der Konsumentenpreise gegenüber der letzten Anpassung um sieben Prozent erhöht hat. Aus Sicht der Wirtschaft ist diese Praxis jedoch ungenügend, da Steuerpflichtige damit weiterhin stärker besteuert werden als es ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Unregelmässige Anpassungen erschweren zudem die Budgetplanung des Bundes und die Umsetzung der Schuldenbremse.

Jährliche Anpassungen existieren bereits heute

Die Kantone regeln den Ausgleich der kalten Progression für die Staats- und Gemeindesteuern in ihrer Kompetenz. In den meisten Fällen werden Tarife und Abzüge ähnlich wie beim Bund dann angepasst, wenn die Teuerung seit dem letzten Ausgleich einen bestimmten Schwellenwert überschritten hat. In den Kantonen Baselland und Waadt werden die Steuertarife bereits heute automatisch in jeder Periode der Teuerung angepasst. In der OECD sehen von den dreissig Mitgliedsstaaten achtzehn einen Ausgleich vor. Die OECD hält fest, dass häufig Personen mit tieferen Einkommen und Familien von der kalten Progression besonders betroffen sind, weil sie rasch in höhere Steuerklassen geraten und dabei gleichzeitig bedeutende Abzugsmöglichkeiten oder Gutschriften verlieren (z.B. Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen).

economiesuisse unterstützt parlamentarische Motionen

Zurzeit sind in Bern zwei parlamentarische Motionen hängig. Die Wirtschaft unterstützt sowohl die Motion, die einen automatischen jährlichen Ausgleich vorsieht, wie auch jene, welche die Teuerungsschwelle von sieben auf drei Prozent senken will. Die erste Variante wird bevorzugt, da sie am besten dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Ein jährlicher Ausgleich würde bedeuten, dass in der Verwaltung sowie bei den Arbeitgebern und Vorsorgeeinrichtungen bereits heute durchgeführte Arbeiten neu jährlich statt alle paar Jahre durchgeführt werden müssten. Für den Bund rechnet die Eidgenössische Steuerverwaltung mit einem Aufwand von einer Personenwoche Arbeit. Mit Blick auf die deutlich überwiegenden Vorteile scheint diese Belastung vertretbar.

Weitere Informationen:

christoph.schaltegger@economiesuisse.ch

martin.weder@economiesuisse.ch



KMU-Portrait: break/through – die Innovationsagentur

09.02.2009 16:00

Das Team des Basler Unternehmens break/through entwickelt für seine Kunden neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle. Dabei setzt das Team nicht auf klassische Marktforschung und Brainstorming, sondern geht neue Wege.

Seit 2005 entwickelt das junge Team von break/through für KMU und Konzerne wie beispielsweise BASF, Carlsberg, Coop oder Mars neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle. Dabei arbeitet das Unternehmen nicht mit Brainstorming oder anderen Kreativitätstechniken, sondern macht sich bei jedem Auftrag zuerst daran, die Bedürfnisse der Konsumenten zu verstehen. Konkret heisst dies, dass das Team die potenziellen Verwender in der entsprechenden Situation genau beobachtet – je nach Auftrag zum Beispiel beim Kochen, wenn es um Lebensmittelinnovationen geht. Sind die Bedürfnisse einmal aufgespürt und verstanden, werden daraus Produktideen generiert und in Prototypen umgewandelt.

Ein beeindruckendes Ergebnis aus einem solchen Prozess ist beispielsweise das „Deskbook“. Ein Computer, der den Komfort eines Desktop mit der Mobilität eines Notebooks verbindet. Mit wenigen Handgriffen wird aus dem tragbaren Notebook ein ergonomischer Computer: keine gekrümmten Rücken, kein zu geringer Abstand zum Bildschirm. Die Bedürfnisse nach einem mobilen, aber gleichzeitig ergonomischen Rechner sind im „Deskbook“ vereint. Für Reto Schnyder, Gründer des Innovationsdienstleisters, ist klar: „Grosse Innovationen zeichnen sich nicht dadurch aus, dass sie möglichst kreativ sind, sondern dadurch, dass sie am Markt erfolgreich sind. Dazu muss jede Innovation einem echten Bedürfnis der Konsumenten entsprechen“. „Erkenntnisbasierte Innovation“ nennt break/through diesen Ansatz.



Weltweit vernetzt

break/through liefert nicht nur die blossen Ideen: Neben Wirtschaftswissenschaftlern und Ethnologen sind auch drei Industriedesigner im Team, die vor Ort erste Musterstücke von Produkten entwickeln – seien es der genannte ergonomische Laptop oder die Broschüre einer neuen Dienstleistung. Dazu kommen mehrere Teilzeitmitarbeitende und Freelancer mit ganz unterschiedlichen Ausbildungen. „Bei uns arbeiten auch Ägyptologen, Chemiker oder Mediziner“, führt Schnyder

aus. Zudem hat break/through Trendscouts in Los Angeles, Moskau, Hongkong, New York und anderen Metropolen. „Diese Leute sind unsere Augen und Ohren in der Welt – und oft auch Türöffner. Wenn wir für ein Projekt zum Beispiel in amerikanischen Haushalten mit einem bestimmten Einkommen recherchieren müssen, dann helfen uns unsere Partner in Übersee, die entsprechenden Familien zu finden.“

Marktchancen in schwierigen Zeiten

Für break/through ist klar: Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist innovatives Denken und Handeln überlebenswichtig. Kurzfristig bietet die aktuelle Wirtschaftslage nicht nur Risiken, sondern auch Chancen, betont Reto Schnyder. break/through hilft seinen Kunden zu verstehen, wie sich das Verhalten der Leute in Krisenzeiten ändert. „Neuen Bedürfnissen kann man oft schon mit kleinen Änderungen gerecht werden und sich so von der Konkurrenz absetzen“, erklärt Schnyder. Die letzten Krisen haben gezeigt: Nur wer sich an die unvermeidlichen Umwälzungen anpassen kann, hat die Chance, die Zukunft zu gestalten.

www.break-through.ch



Regina Ammann als Erste im Ziel

09.02.2009 16:00

Die neue Delegierte von economiessuisse in Bern, Regina Ammann, hatte beim britisch-schweizerischen Parlamentarier-Skirennen in Davos die Nase vorn. Wir gratulieren!



Seit 1956 findet in Davos die traditionelle „Anglo-Swiss Parliamentary Ski Week“ statt, in der Parlamentsmitglieder aus der Schweiz und Grossbritannien Erfahrungen austauschen und beim gemeinsamen Wintersport freundschaftliche Beziehungen pflegen. Am Ende der Woche messen sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier jeweils im sportlichen Wettkampf auf den Davoser Pisten. Der Riesenslalom im Skigebiet Pischascha konnte dieses Jahr bei herrlichen Winterbedingungen stattfinden.

Während alt Nationalrätin Regina Ammann bei den Frauen siegte, kam bei den Männern Ständerat This Jenny (SVP/Glarus) am schnellsten ins Ziel.

Bild: © Keystone

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Forschung auf der Ziellinie



09.02.2009 16:00

Im neuen Entwurf zur Revision des Bundesgesetzes über die Forschung wurden wesentliche Forderungen von economiesuisse berücksichtigt. Gewisse Punkte sind aber weiterhin problematisch.

Die Botschaft über die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Forschung enthält gegenüber dem Vernehmlassungsentwurf einen substanziell verbesserten Gesetzesvorschlag. Die von economiesuisse angebrachten Verbesserungsvorschläge wurden dabei zu einem wesentlichen Teil berücksichtigt.

Der Gesetzesentwurf macht einen entscheidenden Schritt vorwärts: Die verschiedenen Innovationsaktivitäten (Projektförderung, Start-ups, WTT) werden organisatorisch nicht aufgeteilt, sondern bleiben integral bei der Kommission für Technologie und Innovation (KTI). Dadurch können die Synergien zwischen den verschiedenen Innovationsaktivitäten weiterhin genutzt werden.

Wie von economiesuisse gefordert, sieht der Gesetzesentwurf nun vor, dass die KTI weitgehend von der Bundesbehörde unabhängig sein wird. Mit einem eigenen Sekretariat werden problematische Schnittstellen zur Bundesverwaltung vermieden. Damit kommt die vorgeschlagene Form nahe an den Vorschlag von economiesuisse heran, die KTI nach dem Vorbild des SNF in eine Stiftung zu überführen.

Der aus unserer Sicht problematischste Punkt des revidierten Gesetzesentwurfs besteht darin, dass die Zuständigkeiten für die internationalen Programme teilweise ungeklärt sind und es zu Schnittstellenproblemen zwischen der KTI und der Bundesverwaltung kommen wird. Hier erwartet economiesuisse, dass der Gesetzgeber den Gesetzesentwurf abändert und eine klare Kompetenzzuteilung vornimmt: Nur das Aushandeln von internationalen Verträgen soll in der Kompetenz des Bundes bleiben. In den internationalen Gremien aber soll die über das erforderliche Know-how verfügende KTI mitwirken. Diese soll auch über internationale Programme informieren und die Gesuchsteller bei der Erarbeitung und Einreichung von Gesuchen unterstützen.

Weitere Informationen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch



Strompreise – weitere Schritte nötig

09.02.2009 16:00

Der Bundesrat hat verschiedene kurzfristig wirksame Anpassungen zur Senkung der seit letzten Sommer angekündigten Strompreiserhöhungen beschlossen. Deren Auswirkungen können derzeit nicht ausreichend beurteilt werden. Wesentliche Verbesserungen sind erst mit einer Gesetzesrevision und günstigen Rahmenbedingungen zur Stärkung des zukünftigen Stromangebots zu erwarten.

Mit dem Inkrafttreten der Stromversorgungsverordnung auf den 1. Januar 2009 wurden die Probleme der kompromissbeladenen Strommarktliberalisierung gut sichtbar: Viele neue Auflagen, eine Netzpreisregulierung, die sich an den Kosten und nicht an der Effizienz misst, und markt-feindliche Regeln, die zum Verbleiben im gesicherten Monopol einladen. Das hat zu einem Teuerungsschub von neun bis zwölf Prozent und in Extremfällen bis über 25 Prozent gegenüber den bisherigen Preisen geführt. economiesuisse hat deshalb am 20. Oktober 2008 mit den Resultaten eines Runden Tisches von Stromverbrauchern und Strombranche einen Lösungsweg zur Eindämmung der Preissteigerungen präsentiert.

Der Bundesrat hat einige Anregungen der Wirtschaft aufgenommen, bei verschiedenen Fragen ist er aber eigene Wege gegangen. Aus Sicht der Wirtschaft mögen die Resultate deshalb auch nur zum Teil befriedigen. Beispielsweise sind die Kosten der Bereitstellung von Reserveenergie auf maximal 0,4 Rappen/kWh begrenzt worden. Absehbare Mehrkosten für Reservehaltung werden auf die Betreiber grosser Kraftwerke abgewälzt, welche ihrerseits diese Kosten auf ihre Kunden überwälzen werden. Diese Scheinlösung verzerrt den Wettbewerb und schadet in erster Linie den industriellen Stromkonsumenten. Statt Flickwerk ist eine Neuausrichtung des Gesetzes dringend notwendig. Zudem braucht der Strommarkt in Zukunft genügend Angebot. Nutzung und Ausbau der Wasserkraft sowie ein verzugsloses Bewilligungsverfahren für den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke müssen auch weiterhin erste Priorität haben.

Weitere Informationen:

urs.naef@economiesuisse.ch



ICC Research Foundation gegründet

09.02.2009 16:00

Über 250 Wirtschaftsführer und Vertreter von internationalen Organisationen feierten am 2. Februar das 90-Jahr-Jubiläum der ICC. An diesem Anlass wurde die ICC Research Foundation gegründet.

Der Generaldirektor der WTO, Pascal Lamy, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und der Präsident der Internationalen Handelskammer, Victor Fung, wandten sich auf einem von ICC Switzerland organisierten Empfang an die Gäste. Der Anlass bildete den Auftakt zu den Feierlichkeiten zum Jubiläumsjahr der ICC. ICC Switzerland bedankte sich bei den Sponsoren, dem Finanzplatz Genf, Nestlé, SGS, Credit Suisse und Swatch Group, ohne die der Event nicht zustande gekommen wäre.

Die im Jahr 1919 gegründete ICC fördert den grenzüberschreitenden Handel und Investitionen und hilft Unternehmen, die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen und die damit verbundenen Chancen zu ergreifen. Das Credo der ICC, dass der Handel eine entscheidende Kraft zur Förderung von Frieden und Wohlstand ist, gilt heute noch genauso wie vor 90 Jahren.

Mit der Schaffung der Research Foundation soll die Führungsrolle der ICC in politischen Fragen, welche Unternehmen und Privatpersonen weltweit am Herzen liegen, gefestigt werden. Die Stiftung wird Forschungen in Auftrag geben. Ziel ist es, Vorteile, die sich aus der Expansion des internationalen Handels und der Investitionstätigkeit ergeben, aufzuzeigen. Auch der förderlichen Rolle der multilateralen Regeln kommt viel Bedeutung zu. Ausserdem wird sich die ICC mit einem öffentlichen Aufklärungsprogramm auf der Basis ihrer Forschungsergebnisse dafür einsetzen, den politischen Entscheidungsträgern, den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit die Vorteile des internationalen Handels und der Investitionen sowie die Gefahren des Protektionismus besser verständlich zu machen. Die Forschungen sollen bei Universitäten, Hochschulen und Experten für Handels- und Investitionsfragen in Auftrag gegeben werden. Die ersten Projekte der Stiftung werden sich mit der Rolle des internationalen Handels für den weltweiten Wohlstand aus der Sicht verschiedener geografischer Regionen befassen, angefangen bei Europa, den Vereinigten Staaten und Asien.

Für weitere Informationen zur ICC Research Foundation:

www.iccresearchfoundation.org

Bilder anschauen:

- [Bild 1](#)
- [Bild 2](#)
- [Bild 3](#)
- [Bild 4](#)
- [Bild 5](#)
- [Bild 6](#)
- [Bild 7](#)



European Business Summit in Brüssel

09.02.2009 16:00

Am 26. und 27. März findet zum siebten Mal der European Business Summit in Brüssel statt. Wie auch in den vergangenen Jahren gilt der Anlass als wichtigste Diskussions- und Networkingplattform zwischen führenden Wirtschaftsvertretern und hochrängigen europäischen Entscheidungsträgern.

Der diesjährige Anlass steht unter dem Motto „Dare & Care“. Die Diskussionen sind nach drei Hauptthemen gegliedert, die die aktuell wichtigsten unternehmerischen Herausforderungen spiegeln sollen: „Financing“ (Finanzkrise, Finanzmarktregulierung, Bankenaufsicht usw.), „Greening“ (Energieversorgung, Ökoinnovation, Rohstoffe, Klimawandel usw.) und „Staffing“ (Alterung, Einwanderung, Zusammenarbeit zwischen Universität und Unternehmen usw.).

Neben Kommissionspräsident Barroso werden zehn europäische Kommissare auf den verschiedenen Podien diskutieren. Prominente Policy-makers sind etwa mit Mirek Topolánek (Ministerpräsident Tschechien), Pascal Lamy (Generaldirektor WTO), Dominique Strauss-Kahn (Geschäftsführender Direktor IWF) vertreten. Unter den Unternehmern finden sich Grössen wie Jean-François van Boxmeer (CEO, Heineken), Anders Dahlvig (CEO, IKEA) und Tom Albanese (CEO, Rio Tinto). Neben den Debatten soll das „Networking Village“ für einen gemütlichen Austausch unter den Teilnehmern sorgen.

Der Anlass wird von BUSINESSEUROPE, FEB-VBO (Verband belgischer Unternehmen) und der EU-Kommission gemeinsam veranstaltet. economiesuisse stehen eine beschränkte Anzahl kostenloser und ermässiger VIP-Tickets zur Verfügung. Falls Sie an einer Teilnahme und an einem VIP-Ticket interessiert sind, bitten wir Sie, sich mit Herrn Matthieu Chavaz (matthieu.chavaz@economiesuisse.ch) in Verbindung zu setzen.

Für weitere Informationen:

matthieu.chavaz@economiesuisse.ch